



IRS Institut für
Regionalentwicklung
und Strukturplanung

In dieser Ausgabe:

- Forschungsbereich B "Institutionenwandel: Historische Entwicklungspfade und Governance-Formen bei der Nutzung raumgebundener Gemeinschaftsgüter"
- Steuerungsprobleme in grenznahen Regionen
- Europäische Verflechtungen deutscher Metropolregionen
- Kongress: Historische Städte
- IRS-Forschungskolleg
- Veröffentlichungen
- Lehrveranstaltungen
- Kurz notiert
- Nachlese

Im Sog des Institutionenwandels ...

Das IRS geht neue Wege zur Erforschung des Umgangs mit Gemeinschaftsgütern

Die teils intensiv diskutierte, teils schon begonnene "Entlassung" von Gemeinschaftsgütern wie der Wasserwirtschaft oder militärischer Konversionsflächen aus zumeist jahrzehntelanger öffentlicher Verwaltung schafft einen vielfältigen Bedarf an neuen Regelungsformen und Planungsverfahren. Gegenläufig dazu kommt es vereinzelt zu einer Ausweitung staatlicher Interventionen, so z.B. bei Naturschutzflächen. Insgesamt enthalten diese Prozesse, zumal im Kontext von einschlägigen EU-Richtlinien, erhebliche Herausforderungen für die raumbezogene Theoriebildung wie für die örtlichen Planungsprozesse.

Das IRS untersucht diese und verwandte Fragen seit Jahresbeginn in dem neuen Forschungsbereich B "Institutionenwandel: Historische Entwicklungspfade und Governance-Formen bei der Nutzung raumgebundener Gemeinschaftsgüter" aus interdisziplinärer Perspektive. In den folgenden Beiträgen werden in einer ersten Zwischenbilanz die Schwerpunktsetzungen des Forschungsbereiches, Grundmerkma-

le von Gemeinschaftsgütern, Fragen der Regional Governance sowie historische und sozialwissenschaftliche Dimensionen des Themenfeldes skizziert.

Der neue Forschungsbereich bündelt und konzentriert die Kompetenzen und Kapazitäten der beteiligten Wissenschaftler unter dem Dachbegriff des "Institutionenwandels" in einem größeren Leit- und einem Ergänzungsprojekt. Sie sind mit weiteren Drittmittelprojekten eng zu einer "Projektfamilie" verbunden (s. Abb.). Am Beispiel des Umgangs mit Wasser, Flächen und Infrastrukturnetzen werden im Leitprojekt, vorrangig mit Bezug auf den Oderraum, historische Entwicklungslinien und gegenwärtige Fragen des Managements von Gemeinschaftsgütern untersucht. Dieses wissenschaftliche Themenfeld wird derzeit in Deutschland noch kaum bearbeitet, wenn man von einer Projektgruppe "Recht der Gemeinschaftsgüter" der Max-Planck-Gesellschaft absieht. Das IRS will insbesondere die raumbezogenen Auswirkungen dieser Prozesse in den Blick nehmen. Die bisher durchgeführten Veranstaltungen des For-

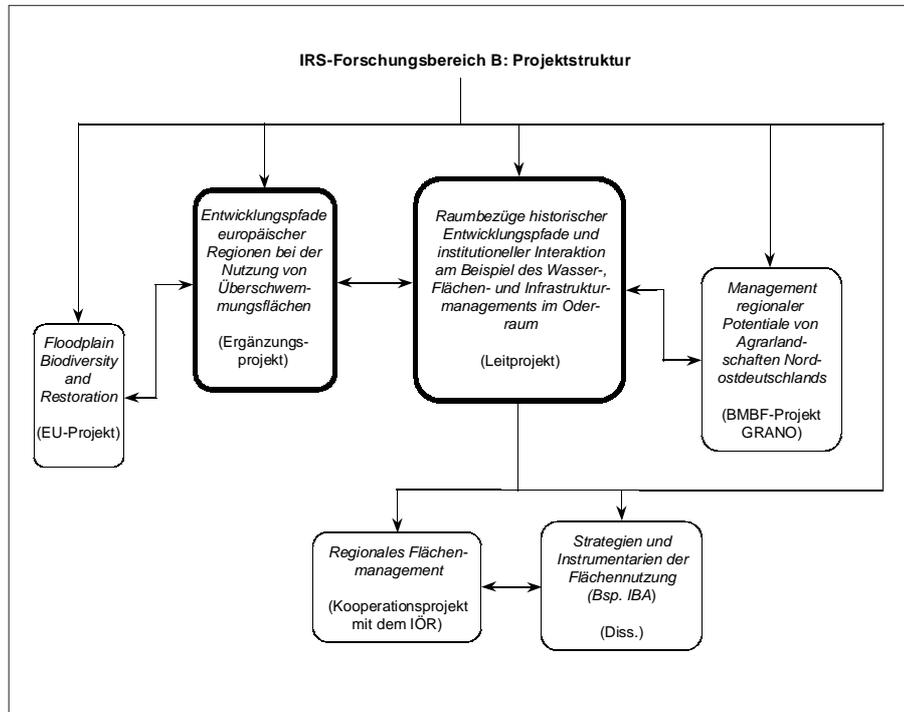
schungsbereiches zur Theoriebildung und zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg bestätigten sowohl auf der theoretischen wie auf der Akteurs-ebene die Notwendigkeit, die vorherrschenden, ökonomisch basierten

lassen sich komplexe Wandlungsprozesse sowie Akzeptanzprobleme bei der Umsetzung von Planungszielen adäquat erfassen und beschreiben. So ergeben sich z.B. aus tradierten Nutzungsformen, umweltpolitischen Grundeinstellungen und

Historische Entwicklungspfade

Planer und Wissenschaftler verwenden seit einigen Jahren vermehrt den Terminus der "historischen Entwicklungspfade", insbesondere um die ganz unterschiedlichen Transformationsprozesse in den einzelnen Ländern und Regionen Ostmitteleuropas und Ostdeutschlands seit 1989 zu charakterisieren, die nicht oder nicht in der erwarteten Weise dem westlichen "Modell" entsprechend verlaufen. Zur Erklärung derartiger Pfadabhängigkeiten und Variantenbildungen reicht jedoch der ursprünglich aus den Wirtschaftswissenschaften stammende und bislang zumeist recht allgemein verwandte Pfadbegriff nicht aus. Eine Sichtung der Pfad- und "Sonderwegs"-Theorieansätze in verschiedenen Disziplinen wie der Technik-, Regional- und Gesellschaftsgeschichte sowie der Soziologie, die auf einem IRS-Workshop diskutiert wurden, zeigte den Bedarf an einer interdisziplinären Weitung und Differenzierung des Konzepts auf.

Während das Konzept am IRS bisher vorrangig am Beispiel europäischer Städte, wie z.B. Eisenhüttenstadt und Nova Huta, verwendet wurde, wird es im neuen Forschungsbereich B auf "Regionen" sowie auf Entwicklungspfade von Organisationen und Institutionen, das heißt auf Regelsysteme politischen und gesellschaftlichen Handelns, bezogen. Dabei geht es darum, den langfristigen Wandel im Umgang mit Gemeinschaftsgütern, der sich z.B. in den 70er Jahren weltweit in der Etablierung staatlicher Umweltverwaltungen oder heute in Diskussionen um die globale Klimafrage niederschlägt, auf der regionalen Ebene zu untersuchen und besser erklären zu können.



Kollektivgutkonzepte interdisziplinär zu erweitern. Wenn die kulturelle Einbettung der Nutzung von Gemeinschaftsgütern - vom Wandel im Verbraucherverhalten bis zu Bedenken hinsichtlich der Versorgungssicherheit - nicht angemessen berücksichtigt wird, kann es im Zuge der Liberalisierung zu erheblichen gesellschaftlichen Reibungsverlusten kommen. Probleme, wie sie derzeit etwa im britischen Eisenbahnwesen oder bei den Stromversorgungsengpässen in Kalifornien auftreten, zeigen beispielhaft mögliche Kollisionen zwischen zunehmend privater Nutzung und Verwaltung von Gemeinschaftsgütern und öffentlichen Interessen.

Mit dem im Forschungsbereich benutzten (erweiterten) Institutionenbegriff, der von kollektiven Einstellungen und Verhaltensmustern bis hin zu Verwaltungsstrukturen reicht,

wirtschaftlichen Interessenlagen charakteristische Akteurskonstellationen und Konkurrenzen um Flächennutzungen. Diese können schnell zu Konflikten, z.B. um Hochwasserschutzmaßnahmen an Flüssen, und zu Abwehrhaltungen örtlicher Akteure gegenüber dringlichen überregionalen Planungszielen führen. Der mit dem neuen Forschungsbereich intendierte "Mehrwert" interdisziplinärer Forschung wäre in einem solchen Fall beispielhaft erreicht, wenn die wissenschaftlichen Erkenntnisse um neue Governance-Formen, historisch-kulturelle Rahmenbedingungen und sozialwissenschaftliche Prozesse des Institutionenwandels problemorientiert gebündelt und anwendungsbezogen nutzbar gemacht werden.

Christoph Bernhardt



Als Beispiel für die komplexe Wirkungsweise von längerfristigen Pfadmustern und für Wandlungsprozesse im Umgang mit Gemeinschaftsgütern werden im Leitprojekt unter anderem die Entwicklungslinien im Umgang mit Flächen und Gewässern im Oderraum seit 1945 analysiert. Dabei ist zu erwarten, dass sich für die DDR-Zeit in einzelnen, diesbezüglich relevanten Handlungsfeldern wie dem Meliorationswesen in der Landwirtschaft, den Organisationsstrukturen der Wasserwirtschaft oder den Konzepten der Regionalplaner neben Entwicklungsblockaden auch "moderne" Lösungen, also "partielle Modernisierungen" ermitteln lassen. Längerfristige Entwicklungspfade können in "Sackgassen" führen, die z.B. die forcierte Chemisierung der Landwirtschaft, aber auch historische Brüche überdauern, wie z.B. der alte Sonderweg der "ostelbischen" Agrar-"Großbetriebe".

Damit ist zugleich angesprochen, dass Pfade entwicklungsblockierende wie -stimulierende Potentiale enthalten, die es zu erkennen gilt. Im genannten Beispiel des Flächen- und Wassermanagements müssen Pfadanalysen zudem sektorenübergreifend angelegt sein, um institutionelle Interferenzen zwischen verschiedenen Gemeinschaftsgütern adäquat zu erfassen. Schließlich sind stets die regionalkulturellen Voraussetzungen und Folgen im Umgang mit Gemeinschaftsgütern in die Betrachtung einzubeziehen, die sich in Nutzungsmustern und kollektiven Einstellungen niederschlagen und ohne deren Kenntnis insbesondere die neuen, partizipativen Governance-Formen in Gefahr sind, leer zu laufen.

Christoph Bernhardt

Raumgebundene Gemeinschaftsgüter

Gemeinschaftsgüter sind dadurch gekennzeichnet, dass mehrere Akteure gleichzeitig Nutzen aus ihnen ziehen. Daraus ergeben sich Verteilungsprobleme, die nicht oder nur sehr unvollkommen auf Märkten gelöst werden können und durch Institutionen reguliert werden müssen. Welcher Akteur darf welchen (und wie kontrollierten) Anteil am Gemeinschaftsgut nutzen? Wer soll die Bereitstellungskosten übernehmen? Erleichtert die Raumbindung bestimmter Gemeinschaftsgüter deren Bewirtschaftung, weil der Kreis der Nutzer im Vergleich zu globalen Gemeinschaftsgütern leichter zu identifizieren ist? Oder werden die Verteilungsprobleme dann als Konflikte zwischen Regionen ausgetragen? Derartige Fragen werden im Leitprojekt des Forschungsbereichs B am Beispiel der Gemeinschaftsgüter "Saubere Flüsse", "Flächen" und "Infrastruktur" im Oderraum bearbeitet.

Die Systematisierung dieser drei Gemeinschaftsgüter soll dabei helfen, spezifische Bereitstellungs- und Verteilungsprobleme zu erfassen, auch wenn man in der Realität Mischgüter antrifft, die Merkmale mehrerer Typen von Gemeinschaftsgütern aufweisen. Für "Saubere Flüsse" sind im Wesentlichen Allmendeprobleme und damit die Gefahr der Übernutzung und Schädigung relevant. Flächen haben oft auch dann Gemeinschaftsgutfunktionen, wenn sie Privateigentum sind. Netzwerkartige Infrastrukturgüter erfordern Mindestauslastungen und tendieren zur Monopolbildung. Sowohl die ausreichende als auch die kosteneffiziente Versorgung mit Gemeinschaftsgütern sind demnach problematisch.

Die Wirtschaftswissenschaft führt die spezifischen Verteilungsprobleme von Gemeinschaftsgütern auf die unzureichende Definition und Durchsetzbarkeit von handelbaren Eigentumsrechten zurück. Der Marktmechanismus versagt, und die Gesellschaft wird ineffizient versorgt. Doch auch die öffentliche Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern, die solche Marktfehler zu beheben versucht, kann ihrerseits fehlerhaft sein indem z.B. das Gemeinschaftsgut zu teuer angeboten wird. Es besteht also auch die Gefahr des Staatsversagens. Bestrebungen zur Liberalisierung und Privatisierung von Gemeinschaftsgütern wollen das letztgenannte Problem beheben.

In einem IRS-Workshop wurde erörtert, dass letztlich die gesellschaftliche und ökonomische Bewertung von Gemeinschaftsgütern entscheidend sei. Wie z.B. das Gemeinschaftsgut "Saubere Flüsse" beschaffen sein soll, welche positiven und negativen Effekte von der Flächennutzung ausgehen und wie diese gesteuert wird, in welchem Umfang zu welchen Kosten die Versorgung mit Infrastrukturen gewünscht wird, wird durch gesellschaftliche Wertmaßstäbe und Präferenzen bestimmt. Die Regelungen für die Versorgung mit Gemeinschaftsgütern und deren Finanzierung orientieren sich an diesen Maßstäben, und die Bewertung und Regelungen ändern sich mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Zur Behebung von Markt- und Staatsversagen bei der Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern sind marktschaffende, marktergänzende bzw. gänzlich außerhalb des Marktes stehende Institutionen erforderlich, wie z.B.:

- die Zuweisung und Vermarktung von Eigentumsrechten

- die Besteuerung bzw. Subventionierung von Aktivitäten, die zur Verschlechterung bzw. Verbesserung des Gemeinschaftsgutes beitragen
- Integration rivalisierender Nutzungsformen in einer Organisation
- Selbstbindungen und Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Akteuren und Organisationen

Reale Gemeinschaftsgüter weisen i.d.R. bereits institutionelle Regulierungen auf, und diese Arrangements werden im Laufe der Zeit den sich verändernden Prioritäten und Problemstellungen angepasst.

Caroline Heinrich
Andreas Röhring

Die neue räumliche Organisation der Wasserwirtschaft - ein Beispiel der Erforschung des Institutionenwandels

Vorarbeiten zum Leitprojekt des neuen Forschungsbereichs B liefert das vor kurzem abgeschlossene DFG-Projekt "Institutionenwandel zum Schutz von Wasserressourcen". Wie im Leitprojekt standen hier Prozesse des Institutionenwandels im Mittelpunkt des Interesses - untersucht am Beispiel der Institutionalisierung des Flussgebietsmanagements im Zuge der neuen EU-Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL).

In diesem DFG-Projekt wurde erforscht, wie sich die EU-WRRL im Hinblick auf bestehende wasserwirtschaftliche Institutionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene auswirken könnte. Zur Einbettung in die internationale Forschung griff die Studie auf einen analytischen Zugang aus dem Science Plan des IHDP-Projekts "Institutional Dimensions of Global Environmental Change" (IDGEC) zu-

rück. Demzufolge hängt die Effektivität von umweltpolitischen Institutionen stark von den zu überwindenden Problemen der Passfähigkeit und der institutionellen Interaktion (sog. "problems of fit" bzw. "problems of interplay") ab.

Eine Auswertung der internationalen Literatur über institutionelle Dimensionen von Flussgebietsmanagement zeigte, dass das Streben nach der idealen Raumeinheit zur Bewirtschaftung von Wasserressourcen - d.h. nach dem perfekten räumlichen "fit" - letztlich irreführend ist. Erfolgreiches Flussgebietsmanagement, so lehren die vielen internationalen Beispiele, muss die unterschiedlichen Raumbezüge anderer Institutionen respektieren und eine gute Zusammenarbeit mit deren Vertretern und anderen Anspruchsgruppen pflegen. Sonst könnte die Lösung von räumlichen Anpassungsschwierigkeiten die Probleme der institutionellen Interaktion verschärfen.

Inwieweit diese Lehren bei der Erstellung der EU-WRRL eine Rolle gespielt haben, wurde in einem zweiten Schritt untersucht. Eine Fallstudie über den Stand der Umsetzung der EU-WRRL in Deutschland prüfte die potentiellen Auswirkungen der Richtlinie auf die räumliche Organisation der Wasserwirtschaft in einem Mitgliedsstaat, wo Gewässerschutz bisher vorwiegend nach politisch-administrativen Raumeinheiten organisiert wird.

Das Fazit: In Deutschland befürworten die wichtigsten wasserwirtschaftlichen Behörden, Verbände und Akteure die flächendeckende Einführung von Flussgebietsmanagement mit der EU-WRRL im Prinzip - aus politischen wie fachlichen Gründen. Jedoch deutet die heutige Diskussion über die Umsetzung der EU-WRRL in Deutschland darauf hin, dass Fragen des "institutional interplay" bisher wenig Beachtung geschenkt wurde. Weitgehend unberücksichtigt bleiben u.a. die potenziellen Auswirkungen auf die Kommunen, Mechanismen zur länderübergreifenden Kostenverteilung innerhalb einer Flussgebietsein-

heit, die künftige Funktion bestehender Ansätze eines Flussgebietsmanagements in Deutschland sowie die Bereitschaft von Akteuren aus anderen Politikfeldern, die wasserpolitischen Ziele der EU-WRRL mitzutragen. Die Einbindung des Projekts in der interdisziplinären Arbeitsgruppe "Institutionen" des DFG-Schwerpunktprogramms "Mensch und globale Umweltveränderungen" hat vertiefende Einsichten über methodische/theoretische Fragen des Institutionenwandels ermöglicht. Aus dieser Zusammenarbeit entsteht 2002 eine gemeinsame Buchpublikation.

Timothy Moss

Diskussionspapier zu den Ergebnissen dieses DFG-Projekts: www.irs-net.de/workingpaper3.htm. Kontakt über: Dr. Timothy Moss, E-Mail: MossT@irs-net.de.

Regional Governance

Der Begriff Governance hat Konjunktur und es existiert bisher keine eindeutige Begriffsbestimmung; vielmehr steht er als Sammelbegriff für die Entwicklung neuer Steuerungsformen. Das inhaltliche Verständnis von Governance in der wissenschaftlichen Literatur reicht z.B. von Privatisierungsbestrebungen bei Funktionen der öffentlichen Verwaltung (schlanker Staat) über Konzepte der Netzwerksteuerung bis zu einem normativen Verständnis von Governance als innovatives Konzept für einen anzustrebenden gesellschaftlichen Zustand.

Komplexe Problemlagen lassen sich kaum in territorial-administrativen Grenzen bewältigen oder durch sektorale und einzeldisziplinäre Strategien lösen. Damit gewinnen "Regionen" für gesellschaftliche Steuerungsprozesse an Bedeutung. Der Regionsbegriff ist nämlich offen für unterschiedliche funktionale Raumeinheiten zwischen nationaler und lokaler

Ebene. Er öffnet den Blick auf unterschiedliche Akteurs- und Raumkonstellationen für Problem- und Steuerungszusammenhänge.

Forschung über "Regional Governance" muss der Vielfalt sich entwickelnder Steuerungsformen Rechnung tragen. Am IRS wird dieser Begriff als Grundlage für die Analyse neu sich herausbildender Steuerungsformen aufgefasst, durch welche die sozio-ökonomischen Prozesse und insbesondere die Wechselwirkungen Mensch - Umwelt - Gesellschaft beeinflusst werden sollen. Regional Governance bedeutet damit ein mehrdimensionales Handlungssystem, in dessen Mittelpunkt die Akteure mit ihren Beziehungsformen und Organisationsstrukturen sowie ihren Interessenlagen stehen. Dieser Begriff umfasst in unserem Verständnis sowohl Formen regionaler Selbststeuerung als auch hybride Steuerungsformen zwischen Hierarchie, Markt und Verhandlungssystemen, in denen sowohl staatliche als auch wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure zusammenwirken.

Im Mittelpunkt der Forschungen über Regional Governance im Forschungsbereich B steht die Entwicklung neuer Steuerungsformen bei der Nutzung raumgebundener Gemeinschaftsgüter. So wird im Leitprojekt die Herausbildung neuer Governanceformen exemplarisch am Beispiel der Wasserwirtschaft, der Bewirtschaftung von Flächen sowie des Infrastrukturmanagements untersucht.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Untersuchung über die Herausbildung neuer Steuerungsformen für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Hier hat das IRS u.a. in einer EU-Studie verschiedene Entwicklungswege von 12 Regionen in der Europäischen Union zur Nutzung der EU-Strukturförderung für regionale Nachhaltigkeit untersucht. Die empirischen Erfahrungen aus den Regionen zeigen, dass nachhaltige Ressourcensteuerung und eine nachhaltige Regionalentwicklung kein einmaliger Entwurf oder fertiges Programm

sein können, sondern dass sie als kontinuierlicher Lern- und Suchprozess verstanden werden müssen. Dies bedeutet auch, dass die Übertragbarkeit von "best practice-Modellen" jeweils vor dem Hintergrund der spezifischen institutionellen und kulturellen Bedingungen in einzelnen Regionen betrachtet und beurteilt werden muss und - letztendlich - Regionen ihren jeweiligen Entwicklungsweg selbst finden müssen. Dies wiederum hat Implikationen für die Forschung über regional Governance und bedeutet z.B., dass die Herausbildung der Vielfalt von neuen Governanceformen im Zusammenhang mit den regionalen oder lokalen Kontextbedingungen zu untersuchen sind und auch die jeweiligen historischen Entwicklungspfade in die Betrachtung eingeschlossen werden müssen.

Heidi Fichter

Europäische Verflechtungen deutscher Metropolregionen und ihre Auswirkungen auf die Raumstruktur des Bundesgebietes

Ökonomische Globalisierung und Europäisierung bewirken große Veränderungen in der territorialen Organisation wirtschaftlicher Tätigkeiten und politischer Machtausübung. Macht- und Bedeutungsverluste staatlicher zugunsten supranationaler Handlungsebenen sind die eine Konsequenz, der Aufstieg der Metropolregionen zu strategischen Knoten der wirtschaftlichen Kontrolle und Steuerung in einem sich internationalisierenden wirtschaftlichen Beziehungsgeflecht die andere. Welche Folgen hat dieser Umbruchprozess für die Funktionsbedingungen der deutschen Großstadregionen und deren institutionelle Regelsysteme?

Diese Frage steht im Mittelpunkt eines Forschungsprojektes, das im Auftrag des Bundesministeriums für Ver-

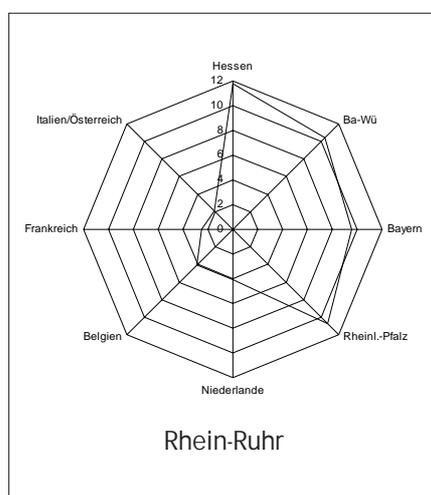
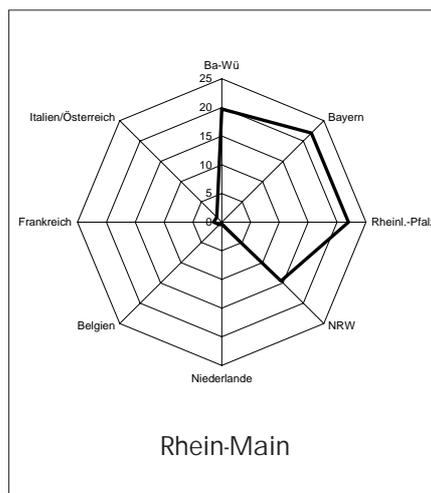
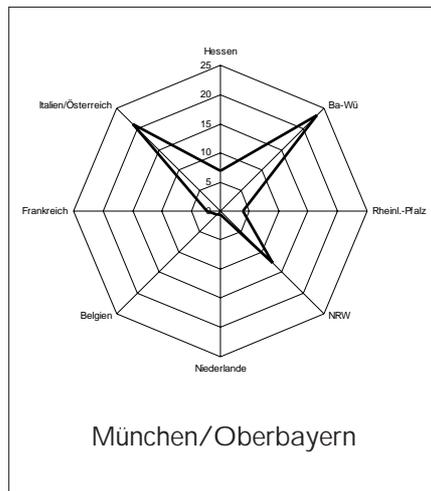
kehr-, Bau- und Wohnungswesen sowie des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) im Jahr 2000 in drei Auswahlregionen - Frankfurt/Rhein-Main, München/Oberbayern und Rhein-Ruhr - durchgeführt worden ist. Ergebnisse dieser Studie liegen inzwischen vor:

In allen drei Regionen ist eine starke Verflechtung mit den europäischen und globalen Makroregionen zu verzeichnen. Jede Region verfolgt zugleich einen spezifischen eigenen Entwicklungspfad. Frankfurt/Rhein-Main hat seine historisch gewachsene Rolle als Finanzplatz und als *Marktplatz für Informationsgüter* weiter ausgebaut. Die Region hat die Funktion eines Gateways der bundesdeutschen Wirtschaft zu den europäischen und globalen Märkten. München/Oberbayern ist durch eine späte Industrialisierung begünstigt worden und hat vom Boom der IT-Branche besonders profitiert. Die Region hat sich zu einem besonders exportstarken High-Tech Produktionsstandort entwickelt und ist dabei, sich zum zweiten Gateway der Bundesrepublik aufzuschwingen. Die Region ist ferner nachbarschaftlich mit Österreich verbunden, dessen Industrien arbeitsteilig mit der oberbayerischen verflochten sind sowie mit Oberitalien, das in komplementären Wirtschaftsbeziehungen zu Oberbayern steht. In der Rhein-Ruhr-Region hat sich ein verzweigtes Produktionssystem entwickelt, das aus der Schwerindustrie hervorgegangen ist. Der ehemalige Montanhandel bildet ferner ein Standbein bei der Entwicklung der Region zu einem führenden Handelsstandort. Die Exportwirtschaft ist breiter als in den anderen Regionen diversifiziert (neben den traditionellen Industrien umfasst sie unter anderem die IT-Branche, die Umweltindustrie, die Medienindustrie), insgesamt aber weniger als in den beiden anderen Regionen global eingebunden. Die Rhein-Ruhr-Region unterhält besonders enge nachbarschaftliche komplementäre Wirtschaftsbeziehungen zu den Niederlanden. Die

Niederlande sind zusammen mit Belgien die mit Abstand wichtigste Zielregion für Exporte innerhalb Europas.

Innerhalb der drei Regionen treten alte Nutzungskonflikte hinter den sich verschärfenden internationalen Standortwettbewerb zwischen den Regionen zurück. Es wächst der Druck, das gesamte Infrastruktur- und Nutzungssystem sowohl in den Kernstädten als auch im Umland sowie in zugeordneten Räumen außerhalb des engeren Verflechtungsbereichs der Metropolregionen umzugestalten und in transnationale Beziehungssysteme zu integrieren. Flächennutzungsstrukturen, regionale Verkehrsinfrastrukturen, die regionalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und selbst das Image der Region können sich globalen Ansprüchen nicht mehr entziehen. Die Gebietskörperschaften in den Großstadregionen stehen vor der Herausforderung, sich ihrer neuen strategischen Territorialität bewusst zu werden. Veränderte Governance-Strukturen sind gefordert, die fähig sind, zwischen den nationalen und internationalen Regelsystemen zu vermitteln und die sich intensivierenden internationalen wirtschaftlichen Kontroll- und Austauschbeziehungen im Interesse der Region und der Bundesrepublik insgesamt zu kanalisieren. Ohne eine neue regionale Handlungsfähigkeit innerhalb der internationalen Kontexte verlieren die Metropolregionen auch die Fähigkeit, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen und die internationalen arbeitsteiligen Systeme in die regionalen Arbeitsprozesse einzubetten.

In den drei Regionen setzt sich ihre wirtschaftliche Bedeutung allerdings nicht in politische Stärke um, sondern wird durch die politische Verfassung begrenzt und gebrochen. Regionale Handlungsfähigkeit stützt sich in den drei Metro-



Quelle: Kraftfahrtbundesamt

Gewerblicher Verkehr - Versandte Gütermenge in Tonnen (1998 in %)

polregionen trotz des gemeinsamen Problemhintergrundes auf unterschiedliche Strukturen der "Governance": In der Region Frankfurt/Rhein-Main beruht regionale Handlungsfähigkeit in starkem Maße auf Netzwerkbeziehungen wirtschaftli-

cher und politischer Akteure. Die Netzwerke werden von Schlüsselakteuren wie z.B. der Landesregierung, Stadt Frankfurt/Main, IHK Frankfurt/Main strukturiert. Die bisher schwach ausgeprägten Elemente regionaler Handlungsfähigkeit sollen mit dem "Ballungsraumgesetz" auf eine institutionell verbindlichere Grundlage gestellt werden. In der Region München/Oberbayern ist die Regionalentwicklung stärker durch ein aufeinander abgestimmtes System politisch-administrativen Handelns strukturiert. Eine wichtige Rolle spielen dabei die regionalen Planungsverbände. Deren begrenzte Handlungsvollmachten rufen allerdings zum einen die Landesregierung bei allen wichtigen Entscheidungen in der Region auf den Plan und führen andererseits zu neuen Formen diskursiver Koordinationsprozesse zwischen den Schlüsselakteuren im südbayerischen Raum. Wegen der Polyzentralität und Interessenvielfalt der Region Rhein-Ruhr ist der Zusammenhalt dieser Region in hohem Maße auf die Initiative der Landesregierung angewiesen. Mit dem Schlagwort "inszenierter" Korporatismus wird die Rolle des Landes als Impulsgeber für regionale Kooperation und Selbstorganisation umschrieben. Das Land ist bemüht, mit der Vision "Europäische Metropolregion Rhein-Ruhr" der kooperativen Zusammenarbeit in der Region eine strategische Perspektive zu geben. Keine der drei Regionen ist bisher fähig, eine eigene Handlungsfähigkeit nach außen zu entwickeln. Die "Außenpolitik" wird von den Landesregierungen und den Metropolregionen getragen.

Aus dem sich verschärfenden Wettbewerb zwischen den europäischen Metropolregionen und ihren gleichzeitig sich vertiefenden wirtschaftlichen Verflechtungen lassen sich vier Aufgaben ableiten:

- Stärkung der regionalen selbstorganisatorischen Handlungspotentiale (regionale Institutionen, Infrastrukturen),
- Förderung der Kooperation zwischen benachbarten Metropolregionen (Bündelung von Ressourcen, verteilte Aufgabenwahrnehmung, um Doppelangebote zu vermeiden),
- Förderung der transnationalen Zusammenarbeit zwischen den Metropolregionen (z.B. Entwicklung eines europäischen Hafen- und Flughafensystems, transeuropäische Netze),
- Entwicklung des Leistungsaustauschs zwischen Metropolregionen und Nachbarregionen (Teilhabe der Nachbarregionen an den Wachstumsimpulsen der Metropolregionen).

Hans Joachim Kujath ■

Kurzfassung des Ergebnisberichts:
www.irs-net.de/workingpaper.

Fachkonferenz

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, der Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung

Europäische Verflechtung deutscher Metropolregionen als Herausforderung für Politik und Wirtschaft

am 13. Dezember 2001
 in Frankfurt am Main

Interessenten wenden sich an:
 Dr. Hans Joachim Kujath (IRS), Tel: 03362-793152, E-Mail: KujathH@irs-net.de ■

Steuerungsprobleme in grenznahen Regionen

Die institutionelle Verkopplung territorialer Raumeinheiten bringt im allgemeinen ökonomische Vorteile mit sich. Unklar bleibt wie sich dieser Prozess in sozial-kultureller Hinsicht, in der Verteilung der Kosten und Lasten und nicht zuletzt im Zusammenwachsen unterschiedlicher Regelungssysteme auswirken wird. Dies gilt insbesondere in den unmittelbaren Grensräumen. Ehemals "künstlich" getrennte Regionen müssen zusammenwachsen und sich "neu" definieren. Die bisherigen (traditionellen) regionalökonomischen Maßnahmen haben diesen Prozess nur bedingt befördert. Sie beeinflussen die bestehenden Strukturen und Prozessverläufe in beiden Grensräumen nur linear. Punktuelle Ergebnisse auf sektoraler Ebene wurden erzielt, eine dynamische und gemeinsame Entwicklung aber nicht erreicht. Es fehlt auch im deutsch-polnischen Grenzraum an strategischen Konzepten, welche die sehr differenzierten Maßnahmen aufeinander abstimmen. Erst hierdurch erwächst Orientierung und Motivation, Grundlage von selbsttragenden Entwicklungen.

Diese Kritik lässt sich aus der Evaluation verschiedener Grenzraumprogramme (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Infrastruktur" Europäischer Strukturfonds, Interreg/Phare) sowie grenzlandspezifischer Investitionszulagen) im deutsch-polnischen Raum ableiten. Hier wurden in den letzten Jahren erhebliche finanzielle Mittel eingestellt. Die Fördereffektivität könnte erheblich verbessert werden, wenn es gelingt, die Koordinations- und Kooperationssysteme und/oder die grenzüberschreitende Projektzusammenarbeit zu verbessern. Auch das IRS ist im

Zuge der Bewertung eines Interreg-Programms zu ähnlichen Schlussfolgerungen gekommen. Das Projekt "Baltic Bridge - Transregionales Strukturentwicklungskonzept für den Handlungsraum zwischen Berlin - Stettin (Szczecin) - Skåne" war 1999 mit dem Anspruch angetreten, mit Hilfe eines neuen Mehrebenenrahmens für die planerische Umsetzung eine nachhaltige Siedlungsstruktur im Projektgebiet zu entwickeln und die Kommunikations- und Verkehrsverbindungen innerhalb der strukturschwachen Teilräume und für den sensiblen Grenzraum zu verbessern. Ziel war durch die Einbindung sowohl der kommunalen Ebene als auch verschiedener mit der regionalen Entwicklung und Raumplanung befassten Behörden eine abgestimmte Strategie zur räumlichen Integration lokaler grenzüberschreitender Projekte zu erreichen.

Hier wurde zum einen deutlich, dass das Territorialprinzip der EU-Förderung aber auch der nationalen Förderung eine grenzüberschreitende Förderung behindert. Zum anderen wurde aber auch deutlich, dass die Umsetzung der Programmstruktur eine Komplexität schafft, die kaum noch zu bewältigen ist. Unsere Untersuchungen zeigen, dass die Koordination in den grenzüberschreitenden Arbeitsgruppen - nach Ansicht der Projektpartner - aufgrund zu großer Teilnehmerzahlen, der verschiedenen administrativen Ebenen und damit verbundener divergierender Zielsetzungen einen hohen Aufwand erfordert. Darüber hinaus stellen immer noch Verständnisprobleme aufgrund unterschiedlicher Planungsverfahren und Sprachbarrieren die schwerwiegendsten Kooperationshemmnisse dar. Dies hat zur Folge, dass die Projektteilnehmer die Arbeit als zu wenig konkret und ergebnisorientiert empfanden.

Um die Komplexität in zukünftigen kooperativen Planungsprozessen abzubauen, empfiehlt das IRS als ersten Schritt eine räumliche Differenzierung vorzunehmen. So ist erstens die Ebene der nachbarschaftlichen Raumbezüge, auf der unmittelbar Ausgleichs- und Entwicklungsprobleme im regionalen Kontext thematisiert werden zu unterscheiden von der Ebene der funktionalen Raumbezüge bzw. raumbezogenen Netzwerke. Auf der Ebene der funktionalen Raumbezüge gilt es, punktuelle Projekte in spezifischen sektoralen Fragen vorzubereiten und durchzuführen. Darüber hinaus bedarf es einer makroregionalen (strategischen) Ebene, auf der sich die Kooperationspartner mit den Perspektiven, Möglichkeiten und Problemen der transnationalen Entwicklung befassen.

Als zweiter Schritt ist eine Differenzierung auf der Akteursebene analog der räumlichen Strukturen vorzunehmen. Da auf der kommunalen Ebene die Akteursstruktur hinsichtlich ihrer Planungskompetenzen weitgehend kongruent ist, sollten Projekte auf der kommunalen Nachbarschaftsebene in der Trägerschaft der Städte und Gemeinden durchgeführt werden. Die Aufgabe der Städte ist es zudem als "Treiber" der funktionalen Regionsvernetzung zu fungieren. Sie stellen die Netzknoten des räumlichen Beziehungsgeflechts dar und können öffentliche und private Kooperationspartner in bezug auf bestimmte Funktionen aufgabenspezifisch binden. Hierbei sind die Vertreter der territorial-formellen Planungsebenen in die Zusammenarbeit einzubeziehen, da sie die Siedlungsstrukturen so zu gestalten und so zu orientieren haben, dass sie die Knoten in den Netzen stärken. Die Akteurszusammensetzung im makroregionalen Kontext erfordert die Beteiligung derjenigen Organisationen, zu deren Profil die Entwicklung gesamtträumlicher Perspektiven gehört. In den großräumigen trans-

nationalen Projekten sind dabei unterschiedliche administrative Ebenen zu berücksichtigen. Hierbei empfiehlt es sich, auf Fachleute aus den regionalen Institutionen für Raumentwicklung, Regionalpolitik und räumlicher Planung zurückzugreifen und in einem Kooperationsnetzwerk zusammenzuführen, das als strategischer Träger der Zusammenarbeit auftreten kann.

Der dritte Schritt dient der Institutionalisierung grenzüberschreitender Strukturen. Kontinuierliche Zusammenarbeit kommt ohne ein Minimum an organisatorischer Absicherung nicht aus. Effektive Kooperationsnetzwerke verfügen über differenzierte Organisationsgerüste und Organisationshilfen, deren Formen die gesamte Breite von öffentlich-rechtlichen Modellen über privatwirtschaftlich organisierte Typen hin zu Public-Private Partnerships spannen. Auch hier empfiehlt es sich, die Kooperationsstrukturen räumlich differenziert so zu organisieren, dass sich die Möglichkeiten für aktive Vernetzungen verbessern. Bei der Vernetzung der nachbarschaftlichen Raumbezüge muss eine Institution bereitstehen, die als "regionaler Promoter" den Prozess der Zusammenarbeit "vor Ort" moderieren und strukturieren kann. Hierbei kann sicher auch auf vorhandene Institutionen zurück gegriffen werden, die das Vertrauen der kommunalen Akteure (regionale Entwicklungsagenturen, Wirtschaftsfördergesellschaften oder kommunale Interessenverbände) besitzen. Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit grenzüberschreitender Netze bedarf es dagegen externer Akteure, die sektorale Kooperationen anregen und stabilisieren. Empfohlen wird die Einrichtung von Geschäftsstellen, die Einzelinitiativen systematisch miteinander verknüpfen, Impulse aufgreifen und moderieren und die Ergebnisse der Zusammenarbeit in stabile Formen überführen. Solche Institutionen können sowohl öffentliche Stellen

als auch private Beratungsfirmen sein, deren Aufgaben vertraglich zu definieren sind. Die Institutionalisierung der Kooperation auf der makroregionalen Ebene kann ebenfalls nicht allein von den Partnern organisiert werden. Hier könnte sich die Errichtung eines Kommunikationszentrums als sinnvoll erweisen, welches Informationen sammelt, diese den Partnern verfügbar macht und organisatorische Fragen regelt. Eine solche Institution muss die Gewähr bieten, die Vernetzung der Raumkontexte in verschiedenen Teilräumen sicherzustellen, eine hohe fachliche Integrität besitzen und von staatlichen und privaten Interessen unabhängig sein.

Eine derartige differenzierte Struktur ist nach Auffassung der Verfasser mit Programmen "von oben" nur bedingt erreichbar. Sie berücksichtigen zu wenig die situative Logik von Grenzübereichen und die damit verbundenen unterschiedlichen sozialen, kulturellen und ökonomischen Standards. Auch eine einseitige "regionalökonomische" Förderausrichtung greift zu kurz. Notwendige dauerhafte, intensive und kommunikative Prozesse in Richtung "gemeinsame" Region bleiben hier dem Zufall überlassen. Vorab bedarf es Visionen und realistischer Leitbilder, die sich erst im Zeitablauf in strategischen Programmen niederschlagen und letztendlich zu gemeinsamen nachhaltigen Strukturen führen.

Material: ARNDT, Michael; UHRLAU, Andreas: Bedingungen und Möglichkeiten zukünftiger engerer Zusammenarbeitsstrukturen in der Raumplanung im Projektgebiet "Baltic Bridge", Erkner, Mai 2001. - 76 Seiten

Kontakt im IRS über Michael Arndt und Andreas Uhrlau, Tel.: 03362/793-177, E-Mail: ArndtM@irs-net.de

Kongress:

Historische Städte vor neuen Herausforderungen

Zum neunten Mal veranstaltete das IRS mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen den Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz in Quedlinburg. Er fand am 4. und 5. September 2001 zum Thema "Historische Städte vor neuen Herausforderungen" in Zusammenarbeit mit den internationalen Netzwerken Europa Nostra und Internationales Städteforum Graz statt. Zu den 300 Teilnehmern zählten Vertreter der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, der kommunalen Spitzenverbände, aus Stadtverwaltungen und Stadtplanungämtern, der Denkmalpflege sowie Sanierungsträger, Planungsbüros, Stiftungen, Verbände und - last not least - wissenschaftliche Einrichtungen.

Ausgehend von der vorjährigen Weltkonferenz zur Zukunft der Städte URBAN 21 war es Ziel des Kongresses, mit Bezug auf die Schrumpfungprobleme in Ostdeutschland und im Lichte des Leitbildes der Nachhaltigkeit neue Aspekte und Orientierungen für Städtebau, Wohnungswirtschaft, Denkmalpflege, Ökologie und Mobilität zu vermitteln. Nach den Grußworten von Jürgen Heyer, Minister für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, und Eberhard Brecht, neuer Bürgermeister der Stadt Quedlinburg, sowie nach dem Einführungsvortrag zum Kongress-thema durch Staatssekretär Ralf Nagel (BMVBW) wurden im Plenum fünf Vorträge gehalten:

- "Kulturelles Erbe zur Zukunftsgestaltung" - Paul Raabe (Wolfenbüttel)
- "Bauphysik in der Denkmalpflege" - Karl Gertis (Direktor des Fraunhofer-Instituts für Bauphysik, Stuttgart)
- "Neuer bundesweiter Wettbewerb" - Gottfried Kiesow (Vor-

stand der Deutschen Stiftung Denkmalschutz), Gerhard Eichhorn (Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Denkmalschutz) und Adalbert Behr (IRS).



Ralf Nagel, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

An beiden Kongresstagen waren vier Arbeitsgruppen tätig, in denen jeweils bis zu 100 Teilnehmer in intensiven Diskursen Grundfragen zu den genannten Schwerpunkten erörterten. Das IRS war an zwei Arbeitsgruppen aktiv beteiligt:



Blick ins Auditorium

- "Gesamtgemeindliche Entwicklungskonzepte"
Moderation: Michael Bräuer (Vorsitzender der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz, Rostock);

Berichterstattung: Heike Gundermann (Lüneburg).

Werner Rietdorf (IRS) hielt ein grundlegendes Statement zum Thema "Integrierte wohnungswirtschaftliche und städtebauliche Entwicklungskonzepte für Städte in den neuen Ländern" und der aktuellen Arbeit an ihnen unter Berücksichtigung von Schrumpfungprozessen.

- "Stärkung des Bürgerengagements und des Denkmalbewusstseins in historischen Städten"
Moderation: Dr. Dieter Bartetzko (Frankfurt/Main);
Berichterstattung: Adalbert Behr (IRS);
einführendes Statement von Dr. Dagmar Tille (IRS) "Freiwilliges Bürgerengagement für Denkmalschutz und Stadterhaltung" (Ergebnisse einer empirischen Untersuchung).

Den Kongressteilnehmern standen die vom IRS erarbeiteten Grundlagenmaterialien "Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz", Heft 26, und die Zusammenfassung "Orientierungs- und Handlungsrahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Städte mit historischen Stadtzentren" sowie der Ausschreibungstext für den bundesweiten Wettbewerb zur Verfügung (siehe auch www.irs-net.de).

Das IRS dokumentiert den Kongress und bereitet eine Publikation vor.

Kontakt im IRS über Adalbert Behr (Tel.: 03362/793-237, E-Mail: BehrA@irs-net.de) und Prof. Dr. Werner Rietdorf (Tel.: 03362/793-230, E-Mail: RietdorfW@irs-net.de) ■

Geschichte als Potenzial im bundesweiten Wettbewerb

Der im Juli 2001 ausgelobte bundesweite Wettbewerb "Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen - Zukunft für urbane Zentren und Räume" versteht mit seinen zentralen Handlungsfeldern - erhaltende Stadterneuerung, städtebaulicher Denkmalschutz und Stadtgestaltung - die Bau- und Planungsgeschichte als ein Potenzial. Dabei spielen mehrere theoretische Überlegungen eine Rolle:

1. In Verbindung mit der Stadterhaltung als Leitidee wird zugleich die Historisierung der räumlichen Lebensbedingungen reflektiert. Der Vergleich zwischen Gestern und Heute, so die These, eröffnet Chancen, die eigene Entwicklung und Gegenwart in einem komplexeren Sinne zu verstehen. Eine Erwiderung auf die Krisenträchtigkeit des "Fortschritts", der ungebremsen Wandlungsbeschleunigungen der "modernen Welt" und der Globalisierung als entgrenztem Konfliktfeld kann womöglich in der Entwicklung kompensatorischer Langsamkeiten gesehen werden. "Darum blühen im Zeitalter der beschleunigten Weltvereinheitlichungen kompensatorisch die Regionalismen. Und darum gehört zur modern wachsenden Verhaltensgeschwindigkeit ihre Kompensation durch eine zunehmende Kultur der Bewahrung und vor allem durch eine Kultur der Kontingenzerfahrung, der Ligatur im geschichtlich gewordenen Raum des Zugehörigkeitswissens" (O. Borst, auch H. Lübke). Von daher wird deutlich, was der historisierenden Denkmalpflege auch in der Stadtentwicklung ihren wesentlichen Sinn gibt - ihr Dienst an einem symbolischen *und* lebenspraktischen Raumbezug.

2. Im Zusammenhang mit dem Erhaltungsgedanken ist die Wertbezogenheit der Stadtgestaltung von Bedeutung. Es geht um jene Werte, die

in einer Vielzahl verschiedener Erscheinungsformen zum Ausdruck gelangen, vor allem solche, die maßgeblich an der Prägung einer Unverwechselbarkeit des Ortes und der Eigenart der jeweiligen Stadtindividualität und -kultur beteiligt sind. Hierzu gehören sowohl alle im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung stehenden Werte der jeweiligen Natur und Landschaft (bis hin zu Topographie und Vegetation) als auch alle Werte der Geschichte und Kultur, des Städtebaus, der Gartenkunst, Architektur und Kunst. Sie wirken zugleich als Qualitätsmaßstäbe für Zielsetzungen, Richtungen, Intensität und Auswahl von Mitteln des Handelns und Entscheidens. Verknüpft mit Haus, Quartier, Straßen, Plätzen und Grünflächen, bestimmen identitätsbildende Werte, spezifische Raumqualitäten und soziale Milieus eines Siedlungsgefüges.

In der komplexen Sicht des bundesweiten Wettbewerbs finden historische Bezugsebenen in mehreren Leistungsbereichen, welche die Wettbewerbsbeiträge berücksichtigen können, ihren markanten Ausdruck. Zu den Leistungsbereichen, die, gestützt auf Untersuchungen des IRS, im Zusammenwirken mit der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz und ausgewählten Städten (Kommunalpolitik, Verwaltung, Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen) sowie durch mehrere Diskurse mit Vertretern des BMVBW, der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, der zuständigen Ländervertreter und der gemeindlichen Spitzenverbände erarbeitet wurden, gehören:

- Schaffung neuer stadt- und ortsträglicher Formen der Nutzungsmischung; neue Standortqualitäten für Arbeitsplätze,
- Sicherung und Stärkung der Wohnfunktion in Altbauquartieren einschließlich der Eigentumsbildung,
- gezielte Unterstützung eines unverwechselbaren Stadtcharakters,
- beispielhafte Integration von Bau-

denkmalen und Denkmalensembles; kreative Verbindung neuer Architektur mit historischer Bausubstanz,

- Entwicklung des öffentlichen Raums,
- innenstadtverträgliche Nutzung von Brachen, Lücken, Leerständen etc.,
- Nutzung und Erprobung neuer Kooperationen mit Privatunternehmen, Mobilisierung privater Initiativen zur Stadtgestaltung, Partnerschaften mit freien Trägern,
- beispielhafte Beteiligung der Bürger bzw. der Öffentlichkeit, Unterstützung des Bürgerengagements zur kulturvollen Stadt- und Ortsgestaltung,
- kommunale Projektsteuerung und Quartiersmanagement,
- Maßnahmen zur Förderung der Qualität von Architektur, Denkmalpflege, Baukultur und Stadtgestalt; Wahrung der Maßstäblichkeit,
- innenstadt- und ortsgerechte Lösungen von Verkehrsproblemen,
- standortbezogene Vernetzung und Bündelung unterschiedlicher Initiativen, Maßnahmen und Finanzmittel/Programme im Rahmen eines kommunalen Gesamtkonzepts,
- interkommunale Zusammenarbeit zur Stärkung der historischen Innenstädte und Ortskerne.

Nach der Erarbeitung einer fundierten Wettbewerbskonzeption mit Entwurf des Ausschreibungstextes hat das IRS von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz als Auslober dieses bundesweiten Wettbewerbs den Auftrag erhalten, die Vorprüfung, die wissenschaftliche Beratung einschließlich Erarbeitung des Werkberichts und einer Ausstellung sowie die Geschäftsführung zu übernehmen (vgl. Wettbewerbsausschreibung www.irs-net.de).

Kontakt im IRS über Adalbert Behr (Tel.: 03362/793-237, E-Mail: BehrA@irs-net.de) 

Gastvortrag von Wolfgang Rensch zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs: Räumliche Auswirkungen

Ende Juni des Jahres, etwa eine Woche nachdem sich die Ministerpräsidenten der Länder über die Zukunft des Länderfinanzausgleichs geeinigt hatten, referierte Prof. Wolfgang Rensch, Politologe an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, zum Thema Reform des Länderfinanzausgleichs im IRS. Die anschließende Diskussion kreiste vor allem um die regionalen Konsequenzen einer Neuordnung des bisherigen Ausgleichssystems.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) aus dem Jahre 1999 war die Bundesregierung aufgefordert, die Finanzbeziehungen zwischen den Ländern neu zu regeln. Bevor das neue Finanzausgleichsgesetz entwickelt werden konnte, einigten sich Bund und Länder auf das zugrundeliegende Maßstäbengesetz, das die allgemeinen Grundsätze für die Konkretisierung des horizontalen Finanzausgleichs enthält - denn das BVG sah insbesondere in der unzulänglichen Maßstabbildung, also in den Kriterien der Umverteilung von Steueraufkommen, den entscheidenden Mangel des bislang geltenden Systems.

Doch auch die jüngst beschlossene Neuregelung lässt nicht nur nach Ansicht Renschs, sondern vieler Finanzexperten eine Reihe von Problemen ungelöst, kompliziert das Ausgleichssystem weiter und sei zu Lasten einer Neuverschuldung des Bundes erzielt worden.

Aufgabe des Finanzausgleichs ist es, dafür zu sorgen, dass die Finanzkraft der Länder, weitgehend unabhängig vom örtlichen Steueraufkommen und der regionalen Wirtschaftskraft gesichert wird und dadurch eine angemessene Wahrnehmung der vom Bundesgesetzgeber definierten Aufgaben möglich wird. Rensch betonte das in der Finanzverfassung festgeschriebene Prinzip, nach dem die Verteilung der öffentlichen Einnahmen der staatlichen Aufgabenverteilung folgt. Diese funktionale Aufgabenverteilung sowie der verfassungsrechtlich verankerte Anspruch auf die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen, d.h. der Anspruch des Bürgers auf bundesgesetzlich einheitlich geregelte Leistungen unabhän-



Prof. Dr. Wolfgang Rensch

gig vom Wohnort führen dazu, dass der Bund die Verantwortung dafür hat, dass die Länder finanziell in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben ausführen zu können. Diese distributionspolitische, auf interregionalen Ausgleich angelegte Strategie führe - unter Berücksichtigung der allokativen Effizienz - zu keiner optimalen Lösung, so Rensch. Andererseits sei auch eine ökonomisch effiziente Lösung nicht zwangsläufig eine politisch optimale - daher sei jede Ausgleichsregelung im Ergebnis immer ein Kompromiss, eine zweitbeste Lösung, die aufgrund

widerstreitender Prinzipien auch keiner endgültigen Lösung zugeführt werden könne.

Inwieweit der Länderfinanzausgleich in der Vergangenheit tatsächlich einen Beitrag zur wirtschaftlichen Konvergenz der Regionen geleistet habe, sei nicht eindeutig nachweisbar. Letztlich sei auch der Länderfinanzausgleich nicht wirklich in der Lage, die Ursachen von regionaler Wirtschaftsschwäche wirksam zu beheben. Entgegen der Kritik vieler Finanzwissenschaftler, die in der hohen Nivellierungswirkung des bestehenden Ausgleichssystems eine Quelle für negative Anreizwirkungen bei den Ländern sehen, d.h. für Fehlanreize, die die regionalen Anstrengungen zur Verbesserung der Steuerbasis untergraben könnten, hält Rensch den unter Ländern und Regionen bestehenden wirtschaftlichen Wettbewerb für ausreichend. So widerlege die harte regionale Konkurrenz um Investoren die These über mögliche Fehlanreize. Ein über die selbständigen Einnahmen, also über Steuertarife geführter Länderwettbewerb widerspreche zudem der Logik, nach der die Finanzausstattung der Länder der bundesstaatlichen Aufgabenzuweisung zu folgen habe.

Nach wie vor bestehe ein hoher Reformbedarf - so im Bereich der Aufgaben- und Ausgabenzuordnung sowie bei der Steuerverteilung: Rensch plädiert für eine Stärkung der Eigenverantwortung der Länder und für eine Rückführung zentralstaatlichen Handelns. So führten die bundesgesetzlich vorgeschriebenen Sozialleistungen zu unterschiedlichen Belastungen der Länderhaushalte, die auch im Rahmen der Neuregelung vom Juni des Jahres nicht thematisiert worden seien. Ein weiterer unter den Finanzexperten nach wie vor strittiger Punkt ist die Bezugsgröße für

die Berechnung des Finanzbedarfs. Traditionell orientiert sich dieser an einem für alle Länder identischem Pro-Kopf-Bedarf. Diese Annahme - jeder Bürger löse denselben Finanzbedarf aus - sei jedoch eine Illusion (man denke nur an Sozialhilfeleistungen in altindustrialisierten Regionen). Nur in den Stadtstaaten greife das Prinzip der "Einwohnerveredelung", das im Vergleich zu den Flächenländern die Pro-Kopf-Finanzkraft der Stadtstaaten erheblich aufbessert. Dies wird u.a. begründet mit den hohen positiven externen Effekten, die die Stadtstaaten auf ihr Umland haben ebenso wie mit den wirtschaftlichen überregionalen Spillovers, die durch die Wirtschaftskraft von Stadtstaaten ausgelöst werden. Andererseits sei aber auch davon auszugehen, dass besonders dünn besiedelte Regionen einen ebenfalls überproportional hohen Pro-Kopf-Finanzbedarf erfordern - dieser werde jedoch in keiner Regelung berücksichtigt.

Im Lichte der europäischen Integration stelle sich die Frage nach der Einheitlichkeit und Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen (europäischen) Regionen neu: Während dieses Prinzip in einem Nationalstaat als fraglos angesehen werde, bedürfe es in einem vereinigten Europa der Regionen einer fundierteren Begründung. Zudem übe die Verpflichtung der europäischen Staaten zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien einen verstärkten Druck auf die Länder aus, keine weiteren Schulden der öffentlichen Hand auf Länderebene zuzulassen.

Christiane Joerk ■

Kurz notiert

Building Regional Capacity in Transformation Contexts

In Kooperation mit der Freien Universität Berlin (FU) veranstaltete das IRS vom 09. bis 11. Juli einen weiteren regionalpolitischen Workshop. Er befasste sich mit Regionalisierung und Governance vor dem Hintergrund der rapiden sozialen, politischen und ökonomischen Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa und Mexiko. Prof. Dr. Gerhard O. Braun, derzeit Vizepräsident der FU, gab eingangs einen Überblick über Forschungsaktivitäten der Abteilung Stadtforschung und Geoinformatik des FU-Instituts für Geographische Wissenschaften. Der Austausch mit acht ungarischen, polnischen und mexikanischen sowie sieben deutschen Wissenschaftlern machte deutlich, dass die stark differierenden Voraussetzungen für Regionalisierungsprozesse von Fall zu Fall zu typologisch andersartigen Entwicklungspfaden führen werden. Dabei standen die Konzepte "social capital" und "access" im Mittelpunkt der Diskussion. Vom IRS referierten Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner und Andreas Uhrlau; Prof. Dr. Karl-Dieter Keim kommentierte eine Sektion über "Interplay of Institutions. Interests and Strategies." James Scott (IRS, z.Zt. FU), der den Workshop vorbereitet hatte, wies darauf hin, dass in der weiteren Debatte nicht allein die Optionen, sondern verstärkt auch die Hemmnisse in den Blick genommen werden sollten. ■

* * *

Summer School

"Consumption, everyday life and sustainability" war das Thema einer Summer School für rund 40 Sozialwissenschaftler aus Europa und Nordamerika, die sich vom 17. bis zum 23. Juli 2001 an der Universität Lancaster (GB) trafen. In einem Arbeitsblock über technische Infrastruktursysteme im Wandel berichtete Dr. Timothy Moss über Ergebnisse aus einem IRS-Projekt unter dem Titel "Brownfields - 'cold-spots' of urban infrastructure networks" am Beispiel des Landes Berlin. ■

* * *

Tätigkeit als Gutachterin im BMBF-Förderschwerpunkt "Sozial-ökologische Forschung"

Dr. Heidi Fichter war am 30. und 31. Juli 2001 als Gutachterin im BMBF-Programm "Sozial-ökologische Forschung" im Rahmen der Anträge zur Nachwuchsförderung tätig. In diesem Programm geht es um die Förderung von jungen Wissenschaftler/innen, die in einem interdisziplinären Verbundprojekt in einem Zeitrahmen von bis zu fünf Jahren die Gelegenheit zur Weiterqualifikation (Promotion, Habilitation) bekommen sollen. Voraussetzung ist die Kooperation zwischen Universität und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die Zusammenarbeit zwischen Forscher/innen mit sozial- und naturwissenschaftlicher Kompetenz. Ziel dieser Förderung ist neben der Weiterentwicklung der fachlichen Qualifikation die Entwicklung von Teamfähigkeit sowie der Erwerb von Managementkompetenz durch die Erfahrungen in der Projektleitung. ■

Vortrag

Dr. Christoph Bernhardt (Forschungsbereich B) hielt am 11.8. in Bergen/Norwegen auf der Konferenz "The Role of Water in History and Development" der International Water History Association einen Vortrag zum Thema "Water control, political system and institutional change in Eastern and Western Germany after 1945" und moderierte eine weitere Sektion auf der Tagung. ■

* * *

Auszeichnung

Anlässlich seines 60. Geburtstages wurde Adalbert Behr (IRS) für seine engagierte fachliche Arbeit auf der Sitzung der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz (3.09.2001 in Quedlinburg) mit der höchsten Auszeichnung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, der Ehrennadel, von Prof. Dr. Gottfried Kiesow ausgezeichnet. ■

Aus den raumwissenschaftlichen Partnereinrichtungen der WGL/Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz

Planungsaufgaben in den Küstenzonen

Eine Arbeitsgruppe der ARL/Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, hat soeben die Ergebnisse ihrer Erwägungen zu der Frage vorgelegt, wie den wachsenden Nutzungskonkurrenzen und -konflikten in den küstennahen Meereszonen durch ein

integriertes vorausschauendes Management begegnet werden kann.*) Es soll das Problembewusstsein für die Zusammenhänge gestärkt und eine politische Diskussion angeregt werden mit dem Ziel, die Meereszonen in die deutschen Raumplanungssysteme zu integrieren. Ausgangspunkt ist die immer deutlicher werdende Intensivierung der klassischen Nutzungen (Schifffahrt, Fischfang, Tourismus) und das Hinzutreten neuer Nutzungen, wie z.B. Prospektion und Förderung von Erdöl und -gas, Transportleitungen für diese Produkte, Telekommunikations- und Stromkabel, Versorgungsleitungen, Sandabbau, Vorspülungen zum Küstenschutz, militärische Übungsgebiete, Nationalparke und Naturschutzgebiete sowie Offshore-Windanlagen. Weitere Nutzungen sind absehbar. Das Meer hat seine vermeintliche Unerschöpflichkeit längst verloren, was besonders in den küstennahen Bereichen von Randmeeren wie Nord- und Ostsee deutlich wird.

*) Neue Aufgaben in den deutschen Küstenzonen. Gedanken über die Weiterentwicklung der räumlichen Planung an Nord- und Ostsee. Arbeitsmaterial der ARL Nr. 280, Hannover 2001, ISBN 3-88838-680-2 ■

Veröffentlichungen

■ APOLINARSKI, Ingrid; BERNHARDT, Christoph: Entwicklungslogiken sozialistischer Planstädte am Beispiel von Eisenhüttenstadt und Nova Huta. In: Barth, Holger (Hrsg.): Grammatik sozialistischer Architekturen. Dokumentation historischer Städtebauforschung zur DDR. Berlin, 2001, S. 51-65

■ BARTH, Holger; TOPFSTEDT, Thomas: Vom Baukünstler zum Komplexprojektanten. Architekten in der DDR. REGIO doc No. 3, hrsg. vom IRS/Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner, 2000. - 305 Seiten, DM 38,00

■ BARTH, Holger (Hrsg.): Grammatik sozialistischer Architekturen. Dokumentation historischer Städtebauforschung zur DDR. Reimer Verlag, Berlin, 2001. - 343 Seiten

■ BARTH, Holger: Portraits en miniature. Architekten und Stadtplaner in der DDR. In: Barth, Holger (Hrsg.): Grammatik sozialistischer Architekturen. Dokumentation historischer Städtebauforschung zur DDR. Berlin, 2001, S. 21-46

■ BARTH, Holger: Chancen und verlorene Orte. Spurensuche auf den Baustellen der 80er Jahre. In: Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Zwischen Aufbruch und Bewahrung - 10 Jahre Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, 2001, S. 123-135

■ BEHR, Adalbert: Der öffentliche Raum in der Perspektive europäischer Stadtentwicklung. In: Rietdorf, Werner (Hrsg.): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. Berlin, 2001, S. 161-178

■ BERNHARDT, Christoph: Die Europäische Stadt: Ein historischer Erfahrungs- und Kommunikationsraum. In: Rietdorf, Werner (Hrsg.): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am

Beginn des 21. Jahrhunderts. Berlin, 2001, S. 105-113

- DROSTE, Christiane: Werke und Biographien von Architektinnen in Ost- und West-Berlin von 1945 bis 1962. In: Barth, Holger (Hrsg.): Grammatik sozialistischer Architekturen. Dokumentation historischer Städtebauforschung der DDR. Berlin, 2001, S. 305-319
- FISCHER, Thomas B.: Strategic Environmental Assessment in Transport and Land-use Planning. Earthscan, London, 2001. -272 Seiten
- FISCHER, Thomas B.: Das 20. Treffen der Internationalen Gesellschaft für Folgeprüfungen in Cartagena, Kolumbien - Folgeprüfungen im urbanen Kontext. UVP-Report 2001-2: 105-106
- KEIM, Karl-Dieter: Wandel der Ökonomie und der politischen Steuerung in ihren Folgen für die städtische Bürgerschaft. In: Rietdorf, Werner (Hrsg.): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. Berlin, 2001, S. 81-93
- KÜHN, Manfred (2001): Stadtlandschaft - Neubestimmung des Verhältnisses von Europäischer Stadt und Landschaft. In: Rietdorf, Werner (Hrsg.): Auslaufmodell Europäische Stadt?, Berlin, S. 201-212
- Knorr-Siedow, Thomas: Potentialität in der Verknüpfung - Europäische Stadt und zivile Gesellschaft. In: Rietdorf, Werner (Hrsg.): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausfor-

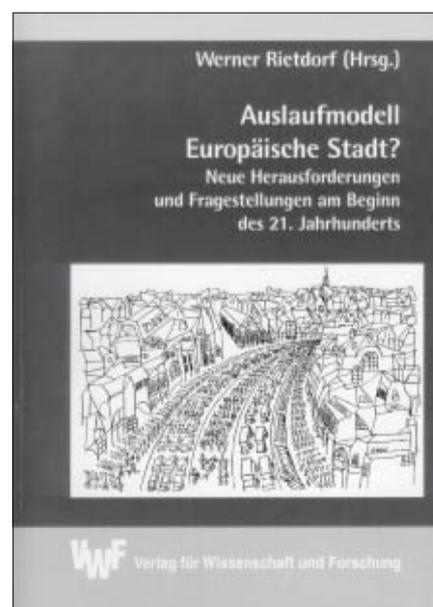
derungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. Berlin, 2001, S. 61-79

- MAHNKEN, Gerhard: Regionalmarketing für den Kreis der kurzen Wege. In: Der Landkreis. Zeitschrift für Kommunale Selbstverwaltung. Juni, 2001, S. 393-396
- MOSS, Timothy; KUJATH Hans Joachim (2001): Chancen und Grenzen des Institutionenwandels. In: Weigert, Bodo; Steinberg, Christian (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in der Wasserwirtschaft. Konzepte, Planung und Entscheidungsfindung. Interdisziplinäre Fachtagung am 27. und 28. Juni 2001 in Berlin. Dokumentation (Wasserforschung e.V.: Schriftenreihe Wasserforschung 7), Berlin, S. 303-313
- Moss, Timothy et al. (2001): Technical networks as instruments of sustainable flow management: a comparative analysis of infrastructure policy and planning in European urban regions. Summary final report. In: European Commission (Ed.): Research on the Socio-economic Aspects of Environmental Change. Summary results. Second period 1996-1999. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities, S.183-192
- RIETDORF, Werner: Stadtumbau als Antwort. Reaktion auf schrumpfende Städte in den neuen Bundesländern. In: Demokratische Gemeinde, Berlin, 09/2001 S. 60-61
- UHRLAU, Andreas: Regional Planning and Development around the Baltic Sea. In: Ar-

beitsmaterial der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, 2001, Nr. 273. S. 25-33

Soeben erschienen

- RIETDORF, Werner (Hrsg.): Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts. Berlin, 2001. - 230 Seiten



Was macht die Europäische Stadt aus? Was verbinden wir mit diesem Begriff? Verliert die bisherige Vorstellung ihre Wirkungskraft oder gibt es Anzeichen für ein neues zukunftsfähiges Modell?

In dem hier vorliegenden Titel stellen Stadtforscher und -planer, Stadthistoriker, Soziologen und Landschaftsplaner die Europäische Stadt gewissermaßen "auf den Prüfstand" und hinterfragen ihr Modell am Beginn des 21. Jahrhunderts bezüglich seiner Zukunftsfähigkeit. Dabei führen differenziert angelegte Fragen ver-

ständiglicherweise zu differenzierten Antworten. Dennoch sind sich die meisten der Autoren darin einig, dass es nicht darum geht, das Leitbild der Europäischen Stadt aufzugeben, sondern dass die Herausforderung genutzt werden sollte, die Europäische Stadt den sich verändernden ökonomischen und gesell-

schaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Hier sind Beiträge von Karl Schlögel, Bernd Hamm, Volker Kreibich, Thomas Knorr-Siedow, Karl-Dieter Keim, Wolfgang Kaschuba, Christoph Bernhardt, Markus Hesse, Marco Venturi, Walter Siebel,

Adalbert Behr, Peter Zlonicky, Wolfgang Christ, Manfred Kühn, Dieter Hoffmann-Axthelm und Günter Nagel zum Thema Europäische Stadt versammelt.

ISBN 3-89700-310-4 / DM 28,00
- Diese Veröffentlichung ist über den Buchhandel zu beziehen. ■

Lehrveranstaltungen von IRS-Wissenschaftlern im Wintersemester 2001/2002

- **Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner**
Projektseminar: Mobilität und Lebensstil in Metropolitanregionen
Ort: Universität Potsdam, Institut für Geographie
Zeit: Wintersemester 2001/02 (2 SWS)

- **Dr. Thomas Fischer**
Vorlesung/Übung: Verkehrsgeographie
Ort: Universität Potsdam, Institut für Geographie
Zeit: Oktober bis Februar (1 SWS)

- **Prof. Dr. Karl-Dieter Keim**
Vorlesung: Stadt- und Regionalsoziologie
Ort: Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Fakultät II, Architektur, Bauwesen und Stadtplanung
Zeit: Oktober 2001 bis Februar 2002 (2 SWS)

- **Dr. Manfred Kühn**
Studienprojekt: Regionalisierung der Stadt. Steuerungsmodelle suburbaner Siedlungsentwicklung
Ort: Technische Universität Berlin, ISR-Institut für Stadt- und Regionalplanung
Zeit: Oktober bis Februar 2001/02

- **Dr. Hans Joachim Kujath**
Seminar: Geographie europäischer Metropolregionen
Ort: Universität Potsdam, Institut für Geographie
Zeit: Montag 17.00 Uhr wöchentlich (2 SWS)
Beginn 15.10.2001

- **Prof. Dr. Werner Rietdorf**
Oberseminar: Nachhaltige Wohnungsbau- und Stadtentwicklung
Ort: Humboldt-Universität zu Berlin, Geographisches Institut
Zeit: Oktober 2001 bis Februar 2002 (2 SWS)

Neu im IRS



Seit dem 15. August ist **Doris Gstach** als wissenschaftliche Mitarbeiterin im EU-Forschungsprojekt SUREURO in der Abteilung II am IRS tätig. Sie studierte Landschaftsplanung in Wien und Manchester. Während ihrer mehrjährigen Mitarbeit in einem Wiener Planungsbüro beschäftigte sie sich neben objektplanerischen und gartendenkmalpflegerischen Aufgaben schwerpunktmäßig mit Fragen der städtischen Freiraumentwicklung. An der TU Wien betreute sie ein städtebauliches Entwurfseminar.

Im vergangenen Jahr war Doris Gstach als Projektkoordinatorin an der "Internationale(n) Frauenuniversität" im Projektbereich "City and Gender" in Kassel tätig. Neben ihrer Arbeit am IRS beschäftigt sie sich im Rahmen ihrer Promotion mit den Potenzialen innerstädtischer Brachen für temporäre Nutzungen. ■

Nachlese . . .

Das IRS in den Medien

“... Die Wohnungspolitische Entwicklung kann nur im Zusammenhang mit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung einer Stadt betrachtet werden. Als eine von acht Best-Practice-Beispielstädten hatten das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung sowie das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. die Stadt Wittenberge eingeladen. Wittenberge ist zudem in das Forschungsprojekt des Bundes einbezogen.”
(Märkische Allgemeine Zeitung, 31.05.2001)

“... Aber wer kennt schon den Namen eines Kurt Nowotny, dem Leipzig sein großartiges Hauptpostamt verdankt, eines Josef Kaiser, der das weniger geglückte, 1995 abgerissene DDR-Außenministerium projektierte, oder eines Roland Korn, der mit dem Staatsratsgebäude eine der besten Leistungen der DDR-Architektur vollbrachte? Ganz zu schweigen vom Innenarchitekten Hans Bogatzky, von dem das luzide Treppenhaus dieses Bauwerks stammt. Selbst der Name von Heinz Graffunder, dem Chefarchitekten des prominenten Repräsentationsbaus der DDR, des dem Untergang geweihten Palasts der Republik, ist den wenigsten geläufig.
Diesem kulturellen Missstand, der sich auch in der Wissenschaft spiegelt, möchte ein vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner

bei Berlin erarbeiteter Band bei- kommen, der über zweihundert Biographien von DDR-Architekten versammelt. Man findet hier konzise Angaben zum Ausbildungsgang, zu den institutionellen Funktionen und Hauptwerken der in Vergessenheit geratenen Protagonisten der ostdeutschen Bauwelt.

Ein besonderes Anliegen waren den Autoren jedoch die gänzlich unbekannteren Vertreter der mittleren Ebene, die als “Rädchen im Getriebe” der Kollektive für das Gesamtbild der DDR-Architektur wohl noch prägender waren ...”
(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.06.2001)

“... Ufer werden immer näher, aber der Fisch ist noch weit ... Wie lebt man in der Europastadt? Seit einigen Jahren wird über beispielhafte deutsch-polnische Zusammenarbeit berichtet. Gemeinsames Gelübde zur Verteidigung, gemeinsames Gas und gemeinsame Kläranlage. Auszeichnungen des Europarates. Projekt einer gemeinsamen Stadt auf der Expo 2000 ... Über die EU-Grenze kann man hier einen Stein und an schmaleren Stellen eine Zigarettenschachtel werfen ... Für einen durch soziologische Institute aus Poznan und aus dem deutschen Erkner organisierten Autorenwettbewerb hat ein Gubener die Geschichte seiner Liebe zu Urszula aus Gubin geschickt ...”
(Gazeta Wyborcza, Warszawa 09.08.2001)

* * *

Das Institutsgebäude an der Flakenstraße in Erkner bei Berlin ist mit dem Regionalexpress von Berlin Mitte in 25 Min. zu erreichen



Die Fußgängerbrücke über das Flakenfließ führt vom S-Bahnhof Erkner zum IRS

I M P R E S S U M

IRS aktuell No. 33 Oktober 2001
ISSN 0944-7377

Herausgeber: IRS/Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

Leitung: Prof. Dr. Karl-Dieter Keim

Redaktion: Gerhard Mahnken (verantwortung) und Petra Koch

DTP: Elvira Albrecht, Dr. Barbara Christ

Fotos: S. 9(2x), 11: IRS

Anschrift: Flakenstraße 28-31
D-15537 Erkner (bei Berlin)

Telefon: + 49 (0) 03362/793-0
Fax: + 49 (0) 03362/793-111
E-Mail: mahnkeng@irs-net.de
Internet: www.irs-net.de

Bestellung von Publikationen: 03362/793-118

IRS aktuell erscheint vierteljährlich
(Januar, April, Juli, Oktober)
Bei Abdruck Belegexemplar erbeten.

Druckerei: Schulz, Berlin-Wilhelmshagen